CDU
Fraktion
Niedersachsen

100 Tage Rot-Grün
Eine Bilanz

Kontakt zu Ihrer CDU-Landtagsfraktion:

@CDU.LtFraktion.Nds

@cdu.fraktion.nds

@cdufraktion_nds

info@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Fraktionsvorsitzenden 4

Vorwort der Parlamentarischen Geschäftsführerin 5

Kultus 6

Wirtschaft 7

Finanzen 8

Wissenschaft und Kultur 9

Recht und Verfassung 10

Soziales 11

Umwelt 12

Landwirtschaft 13

Inneres 14

Europa 15

Petitionen 15

CDU Fraktion Niedersachsen

Vorwort des Fraktionsvorsitzenden

Der Start dieser Landesregierung nach 100 Tagen ist missglückt. Rot-Grün fehlt ein Grundverständnis dafür, was Niedersachsen in dieser schwierigen Zeit voranbringt. Zögern und zaudern sind der Wesenskern dieser Koalition. Ein Jahr nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, brauchen wir mehr Entschlossenheit, denn die Folgen des Krieges sind auch hier spürbar.

Die Menschen erwarten zurecht eine tatkräftige Regierung, die Krisen meistert und nicht aussitzt.
Mit einem Nachtragshaushalt hat die Landesregierung im November zwar viel Geld ins Schaufenster gestellt, von dem das meiste noch aus Beschlüssen der großen Koalition stammt. An der Umsetzung aber hapert es. Die Förderrichtlinien wurden erst kürzlich oder überhaupt nicht in Kraft gesetzt. Von Soforthilfe kann daher keine Rede mehr sein. Wie sie in dieser Zusammenstellung nachfolgend lesen können, zieht sich diese Einstellung durch alle Bereiche.

Diese Regierung zeigt keinen Ehrgeiz, Niedersachsen krisensicher aufzustellen. Es wird verwaltet und nicht gestaltet, doch unser Land verdient mehr. Wir werden als CDU-Fraktion weiterhin eine konstruktive Oppositionsarbeit leisten, den Finger dort in die Wunde legen, wo es nötig ist, und für echte Lösungen konkrete Vorschläge unterbreiten.

Herzlichst

Ihr

Sebastian Lechner
Fraktionsvorsitzender

Vorwort der Parlamentarischen Geschäftsführerin

Regieren heißt: entscheiden, Position beziehen und Verantwortung übernehmen. Regieren heißt nicht, notwendige Maßnahmen zu vertrödeln oder zu vertagen.

Wir als CDU-Fraktion haben unsere konstruktive Rolle als größte Oppositionsfraktion schnell genutzt und uns personell neu aufgestellt. Unsere parlamentarischen Initiativen und bisherigen Gesetzesentwürfe zeigen, dass wir schneller arbeiten als die Landesregierung. Dabei fragen wir uns, ob dieser fehlende Tätigkeitsnachweis den Unwillen oder schlichtes Unvermögen der Regierenden dokumentiert. Es zeigt sich bei zentralen Politikfeldern ein deutliches Gegeneinander von Rot-Grün.

Auch die angekündigte ausgestreckte Hand der neuen rot-grünen Koalition scheint leider nur eine Worthülse zu sein. Schon zum wiederholten Mal haben die regierungstragenden Fraktionen im Niedersächsischen Landtag in den Ausschüssen elementare Rechte der größten Oppositionsfraktion missachtet.

Die ersten Monate lassen deshalb leider nichts Gutes bei der parlamentarischen Zusammenarbeit erwarten. Wir als CDU-Fraktion nehmen unseren Auftrag als Opposition aber ernst und werden auch weiterhin konstruktiv die Arbeit der Landesregierung sowie der Regierungskoalition kontrollieren, ganz wie es unserem Wählerauftrag entspricht. Wir haben den Anspruch alle Beratungsgegenstände ausführlich zu diskutieren, anstatt sie nur möglichst schnell durchzuwinken. Das ist nicht unser Anspruch für Niedersachsen.

Herzlichst

Ihre

Carina Hermann
Parlamentarische Geschäftsführerin

Kultus

Die mangelnde Entschlossenheit der Kultusministerin lässt die riesengroßen Baustellen im Niedersächsischen Bildungssystem auf dem Rücken unserer Kinder und Jugendlichen immer größer werden. Noch keine (!) einzige Maßnahme ist bisher zur Verbesserung der Situation in Kitas und Schulen von ihr eingeleitet worden.

Christian Fühner
Kultuspolitischer Sprecher
fuehner@cdultnds.de

Rot-Grün versäumt...

- es, schnellstens dafür zu sorgen, die Unterrichtsversorgung zu verbessern und für verlässliche Rahmenbedingungen an den Schulen zu sorgen.
- es, ein nachhaltiges Konzept für die auslaufenden Förderschulen Lernen vorzulegen.

Unsere Vorschläge...

- Teilzeitquoten reduzieren.
- Quer- und Seiteneinsteigerprogramm auflegen.
- Neuorganisation von Ganztag und Inklusion.

Wirtschaft

Jörn Schepelmann
Wirtschaftspolitischer Sprecher
schepelmann@cdultnds.de

Für den Bereich Wirtschaft zeigt sich, dass Rot-Grün beim Infrastrukturausbau keine gemeinsame Linie hat.

Die Prioritäten von Rot-Grün liegen außerdem nicht bei der Stärkung unserer Wirtschaft in Zeiten mehrerer Krisen. Sie bleiben in ihren ideologischen Schubladen verhaftet und haben bis heute nicht eine einzige Initiative, abgesehen vom Fahrradleasing für Landesbeamte, auf den Weg gebracht.

Griffig gesagt: Rot-Grün hat keine gemeinsame Wirtschaftspolitik. So wird Minister Lies lediglich Ankündigungsminister bleiben.

Rot-Grün versäumt...

- echte Wirtschaftsförderung und eine, alle Verkehrsträger umfassende, Strategie für Infrastrukturmaßnahmen.
- das Versprechen zum 49 Euro Ticket einzuhalten.
- es, Digitalisierung voranzubringen und schafft stattdessen den Staatssekretär für Digitalisierung wieder ab.

Unsere Vorschläge...

- Reformen und umfassende Förderprogramme, um den Unternehmen zu helfen und die Digitalisierung sowie den nötigen Infrastrukturausbau voranzubringen.
- Echte Entlastungen für den Mittelstand und das Handwerk durch beispielsweise den Abbau von Dokumentations- und Nachweispflichten und einer maximalen 1:1 – Umsetzung der EU-Richtlinien.
- Schnelle und unbürokratische Wirtschaftshilfen für Niedersachsen.
- Planungsbeschleunigung bei Verkehrsprojekten.

Finanzen

Ulf Thiele
Haushaltspolitischer Sprecher
thiele@cdultnds.de

Die angekündigten Energiehilfen kommen nicht an. Der hektische Nachtragshaushalt war unnötig, wenn im Februar immer noch kein Geld fließt. Der Minister lässt die Menschen, die es am nötigsten brauchen, im Regen stehen. Auch die Besitzer von Öl- und Pelletheizungen mussten fast die gesamte Heizperiode ohne jegliche Unterstützung durchstehen.

Im Bereich der Inflation fehlt die versprochene Entlastung: Den großen Teil der zusätzlichen Einnahmen (rund 1 Mrd. Euro) nutzt Rot-Grün, um es als Rücklage für eigene Politik zu bunkern. Das ist nicht, was der Ministerpräsident versprochen hat. Das ist nicht ehrlich.

Rot-Grün versäumt...

- es, die Menschen bei den Energiepreisen und der Inflation zu entlasten.
- es, die Grundsteuererklärung einfach möglich zu machen. Die Finanzämter sind kaum erreichbar und das Elster-System ist temporär überlastet.
- die vom Bund zurückgezogenen Haushaltsmittel zur Entlastung von KMUs, die Öl- und Pelletheizungen nutzen, auszugleichen.

Unsere Vorschläge...

- Haushalte und Unternehmen entlasten, indem der Härtefallfonds mit vernünftigen Antragskriterien ausgestaltet wird.
- Bürger mit versäumten Grundsteuererklärungen erinnern, statt sofort zu mahnen und Säumniszuschläge zu verlangen.
- Die NBank zur echten Förderbank umbauen.

Wissenschaft / Kultur

Cindy Lutz
Kulturpolitische Sprecherin
lutz@cdultnds.de

Die Landesregierung ist noch immer im Aufwärmmodus. Dringende Themen werden nicht oder nicht schnell genug angegangen. Bei der Erwachsenenbildung muss insbesondere die Sprachförderung schnellstens mit auskömmlichen Finanzmitteln hinterlegt und für die Träger vor Ort verlässlich ausgestaltet werden. Beim Kulturfördergesetz herrscht offensichtlich noch Ideenlosigkeit.
Das in der letzten Legislatur von uns geschaffene Gesetz muss nun dringend und zielgerichtet unterfüttert werden. Außerdem muss die Grundfinanzierung der Hochschulen stabil sichergestellt werden!

Rot-Grün versäumt...

- es bisher, das Thema stabile Grundfinanzierung der Hochschulen anzugehen.
- es bisher, Impulse für eine Weiterentwicklung der Kulturförderung zu setzen.
- es bisher, die Erwachsenenbildung an die Bedarfe einer modernen Gesellschaft anzupassen.

Unsere Vorschläge...

- Eine stabile Grundfinanzierung für unsere Hochschulen sicherstellen. Die strategische Entwicklung wollen wir begleiten und gemeinsam einen neuen Hochschulentwicklungsvertrag aushandeln.
- Das Kulturfördergesetz und die Strukturen der Kulturförderung in Niedersachsen weiterentwickeln und bedarfsgerecht ausweiten.
- Bildungswege für ein lebensbegleitendes Lernen neu denken und die Zusammenarbeit der Hochschulen, berufsbildenden Schulen, Meisterschulen des Handwerks und Einrichtungen der Erwachsenenbildung fördern und ausbauen.

Recht und Verfassung

Die Justizministerin glänzt leider vielfach durch unabgestimmte Nachrichten (z.B. bei der Forderung nach 280 Stellen im Justizbereich, bei der Cannabis-Legalisierung, bei der Vorratsdatenspeicherung oder beim Informationsfreiheitsgesetz). Hier zeigt sich die Uneinigkeit von Rot-Grün. Die Ministerin tut außerdem nichts beim Verfahren zur Errichtung des Staatsschutzprozessgebäudes in Celle. Wenn jetzt nicht gehandelt wird, droht der Bund mit dem Rückzug des zugesagten Zuschusses in Höhe von 25 Mio. Euro.

Christian Calderone
Rechtspolitischer Sprecher
calderone@cdultnds.de

Rot-Grün versäumt...

- es, den Staatsvertrag mit Sachsen-Anhalt rechtzeitig zu schließen, um die Errichtung des Staatsschutzprozessgebäudes in Celle sicher zu stellen.
- es, eine Strategie zu erarbeiten, um Kapazitätsengpässe und Personalmangel in Justizvollzugsanstalten zu beseitigen.
- es, die Ermittlungsbehörden für die Verfolgung von Internetkriminalität rechtlich angemessen auszustatten.

Unsere Vorschläge...

- In Zusammenarbeit mit dem Bund das Hochsicherheitsjustizgebäude am Standort Celle bauen.
- Eine ausreichende Anzahl von Haftplätzen in den JVAs sicherstellen und, wenn notwendig, eine neue hochmoderne und den höchsten Sicherheitsstandards entsprechende Justizvollzugsanstalt errichten.
- Die Zulage für Bedienstete des Justizvollzugs mit der des Polizeivollzugs gleichstellen und den Personalaufbau im Justizvollzug und bei Wachtmeisterinnen und Wachtmeistern weiter vorantreiben.
- Vorratsdatenspeicherung in den Grenzen der EuGH-Rechtsprechung ermöglichen.

Soziales

Volker Meyer
Sozialpolitischer Sprecher
meyer@cdultnds.de

Die Liquiditätslage ist bei vielen Klinken aufgrund der Preissteigerungen im Bereich der Energiekosten und der allgemeinen Sachkosten existenzbedrohend. Dies führt zu einer massiv erhöhten Insolvenzgefahr von Krankenhäusern. Den neuen Gesundheitsminister fordern wir daher dringend auf, die Liquiditätsprobleme und den Investitionsstau (reine Länderkompetenz) durch einen Liquiditäts-Rettungsschirm oder direkte Hilfsprogramme sowie ein Sonderprogramm für die Sanierung oder den Neubau von Kliniken in Niedersachsen zu lösen.

Außerdem müssen Rettungsdienste und Notaufnahmen von unnötiger Beanspruchung entlastet werden. In der Folge kommt es in Notaufnahmen und im Rettungsdienst zu Überlastungen. Hierzu muss der Gesundheitsminister kurzfristig die Einstufung von Notfällen in den Rettungsleitstellen des Landes Niedersachsen vereinheitlichen und mit dem kassenärztlichen Bereitschaftsdienst synchronisieren.

Rot-Grün versäumt...

- die Liquiditätsprobleme und den Investitionsstau der Krankenhäuser anzugehen.
- Notaufnahmen und Rettungsdienste zu entlasten.
- sich dem Gesellschaftsproblem Einsamkeit anzunehmen.

Unsere Vorschläge...

- Einen Liquiditäts-Rettungsschirm und direkte Hilfsprogramme sowie ein Sonderprogramm für die Sanierung oder den Neubau von Kliniken in Niedersachsen einrichten.
- Kurzfristig die Einstufung von Notfällen in den Rettungsleitstellen des Landes Niedersachsen vereinheitlichen und die Transportpflicht auf solche Fälle beschränken, in denen nach medizinischer Einschätzung ein Notfalltransport erforderlich ist.
- In Zusammenarbeit mit den Kommunen und Organisationen der freien Wohlfahrtspflege einen Aktionsplan zur Prävention und Bekämpfung von Einsamkeit und sozialer Isolation erarbeiten.

Laura Hopmann
Umweltpolitische Sprecherin
hopmann@cdultnds.de

Umwelt

Marketing-Meister statt Turbo-Minister: Hübsche Begriffe wie der als „Taskforce“ bezeichnete Gesprächskreis und immer neue Superlative bei der Ausrufung neuer Zielmarken mit Blick auf den Ausbau Erneuerbarer Energien, aber kein Plan hinsichtlich der Umsetzung sowie wenig Aufmerksamkeit für Innovation. Dem von Minister Meyer formulierten Anspruch der „Politik der ausgestreckten Hand“ wird man nicht gerecht: Rot-Grün beschließt die eigenen Anträge ohne weiterführende Beratung im Ausschuss, und über wichtige Informationen wie z.B. über die Ergebnisse der Windflächenpotentialanalyse wird die Fachpolitik über die Presse in Kenntnis gesetzt. Die Wolfspolitik der neuen Regierung ist voller Widersprüche: Im Landtag wird der Eindruck erweckt, man folge auch in Zukunft dem pragmatischen Weg der Großen Koalition, während im Ministerium die Weichen dafür gestellt werden, die Entnahme von Problemwölfen zu erschweren.

Rot Grün versäumt...

- zügig Hürden für Windkraft und Photovoltaik auf Planungs- und Genehmigungsebene zu beseitigen und so einen raschen Ausbau der Erneuerbaren Energien zu gewährleisten.
- Niedersachsen wieder zu einem attraktiven Standort für Wind- und Solarindustrie zu machen.
- Maßnahmen für den so dringend notwendigen Ausbau der Übertragungsnetze und Speichermöglichkeiten zu ergreifen.
- ein aktives mit dem Artenschutz vereinbares Wolfsmanagement zu betreiben.

Unsere Vorschläge...

- Gesetzliche Erleichterungen für ein effizientes und rasches Zusammenwirken der Planungs- und Genehmigungsbehörden im Bereich Windkraft und Photovoltaik schaffen.
- Niedersachsen zum Geothermie-Land Nr. 1 machen.
- Forschung zu Energiespeicherung in Niedersachsen weiter fördern.
- Den Aufbau der Wasserstoffproduktion und der damit verbundenen Infrastruktur voranzutreiben und für einen gezielten Einsatz von Wasserstoff zu werben.

Landwirtschaft

Leider hat Ministerin Staudte keinerlei Vertrauen zu den Landwirtsfamilien aufbauen können, das Gegenteil ist aufgrund der Ankündigungen schärferer Kontrollen der Fall. Besonders schwer wiegen die massive Perspektivlosigkeit für die Tierhalter, das Sterben der tierhaltenden Betriebe und die zunehmende Verlagerung der Erzeugung ins Ausland. Da helfen den Schweinehaltern auch keine Märchenstunden über angebliche Alternativen wie Champignonzucht oder Cannabisanbau.

Dr. Marco Mohrmann
Landwirtschaftspolitischer Sprecher
mohrmann@cdultnds.de

Rot-Grün versäumt...

- Konzepte für eine zukunftsfähige Nutztierhaltung auf den Weg zu bringen. Die fehlen der Biolandwirtschaft genauso wie der Konventionellen.
- Perspektiven für die Landwirtsfamilien in den Moordörfern zu entwickeln; drohenden Wertschöpfungsverlusten von bis zu 1 Mrd. Euro pro Jahr sieht man unbeholfen zu.
- mit der Agrarbranche insgesamt vertrauensvoll zu kooperieren und ein Miteinander zu fördern.
- Weidetierhaltern Hoffnung zu machen, mit dem Wolfsproblem nicht hängen gelassen zu werden.

Unsere Vorschläge...

- Konsequent auf dem Niedersächsischen Weg weitergehen, um die Interessen von Landwirtinnen und Landwirten sowie des Umwelt-, Klima- und Tierschutzes zusammenzuführen.
- Auf Grundlage der Vorschläge der Borchert-Kommission Konzepte für die Tierhaltung inklusive Baurecht, Finanzierung und Kennzeichnung umsetzen.
- Bekenntnis zur Freiwilligkeit im Moorschutz auf Basis von Flurbereinigung und umfangreichen Beteiligungsverfahren sowie einem umfassenden Nachteilausgleich.
- Aktives Wolfsmanagement, entsprechende Bejagung, verbesserte und vereinfachte Hilfen für Weidetierhalter.

Inneres

Ankündigungen statt Lösungen! Ministerin Behrens setzt unverändert den Kurs des Verwaltens vom Vorgängerminister Pistorius fort. Dabei drängen die Themen Flüchtlingsunterbringung (hier rechnet das MI sogar offensichtlich mit falschen Zahlen), Schutz von Einsatz- und Rettungskräften und Digitalisierung der Verwaltung. Weiterhin besitzt die Reichsbürgerszene in Niedersachsen immer noch Waffen.

André Bock
Innenpolitischer Sprecher
bock@cdultnds.de

Rot-Grün versäumt...

- den Schutz von Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften vor Gewalttaten. Obwohl die Zahlen in den letzten Jahren gestiegen sind, existiert in Niedersachsen immer noch kein Lagebild, wie z. B. in Bayern oder Nordrhein-Westfalen.
- die Flüchtlingskrise geregelt zu organisieren. Erst sollten die Kommunen neue Unterkünfte schaffen, nun stehen diese teilweise leer und die Kommunen bleiben auf den Kosten sitzen. Der angekündigte Ausbau der Landesaufnahmeeinrichtungen geht zu schleppend voran. Wo und wann neu Standorte entstehen, bleibt unklar.
- die Arbeitsbedingungen für die Polizei sofort zu verbessern. Die Liegenschaften sind teilweise marode, die Erhöhung der Polizeizulage lässt auf sich warten.

Unsere Vorschläge...

- Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte müssen verstärkt Videotechnik einsetzen können. Nur so können die Täter identifiziert und sofort im beschleunigten Verfahren beweissicher bestraft werden.
- Die Aufnahmekapazitäten des Landes bei der Flüchtlingsunterbringung müssen massiv ausgeweitet werden. Das Land muss die Kommunen finanziell stärker unterstützen und die Kosten übernehmen.
- Es muss zusätzliche finanzielle Mittel für den Polizeihaushalt geben. Nur so können die Polizeiliegenschaften saniert werden. Die Polizeizulage muss sofort erhöht und ruhegehaltsfähig werden.

Bundes- und Europa-angelegenheiten und Regionalentwicklung

Christoph Eilers
Sprecher für Bundes- und Europaangelegenheiten
eilers@cdultnds.de

Rot-Grün versäumt...

- Europa zur Chefsache zu machen.
- den Bürokratieabbau bei der regionalen Landesentwicklung und bei der Förderpolitik.

Unsere Vorschläge...

- Die Investitions- und Förderbank Niedersachsen zu einer echten Förderplattform ausbauen, die Beratung und Finanzierung aus einer Hand bietet.
- Das Ministerium für Europaangelegenheiten wieder abschaffen und die Aufgaben für die Vertretung des Landes Niedersachsen in Berlin und Brüssel in der Staatskanzlei bündeln.

Petition

Veronika Bode
Sprecherin für Petitionen
bode@cdultnds.de

Rot-Grün zeigt sich im Petitionsausschuss wenig entscheidungsfreudig. So werden Entscheidungen vertagt, obwohl die Petenten der beratungsreifen Eingaben aus der vergangenen Wahlperiode schon sehr lange auf ein Ergebnis warten. (Hintergrund ist, dass die Petitionen offenkundig z. T. noch nicht gelesen wurden bzw. dass die Fraktionen nicht sprechfähig sind in den Fällen der im Ausschuss entschuldigten Berichterstatter - „Arbeitsverweigerung“, schlecht vorbereitet)

Sehr nachdenklich stimmt zudem, dass öffentliche Petitionsverfahren abgelehnt werden, obwohl die Eingaben von der Landtagsverwaltung als „uneingeschränkt geeignet“ für ein öffentliches Verfahren eingestuft werden.

Für eine solche Einschränkung von verfassungsgemäßen Petitionsrechten sind keine Gründe erkennbar, hierfür haben wir als CDU-Fraktion kein Verständnis.

IMPRESSUM

Herausgeber:
CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
www.cdultnds.de
pressestelle@cdu-fraktion-niedersachsen.de

V. i.S.d.P.:
Carina Hermann
Parlamentarische
Geschäftsführerin

Redaktion:
Wissenschaftlicher Dienst der
CDU-Fraktion, Pressestelle

Satz und Layout:
Doreen Helms

Fotos:
Pixabay

Facebook:
CDU.LtFraktion.Nds

Instagram:
cdu.fraktion.nds

Twitter:
cdufraktion_nds